

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit / Anlass und Zweck der Verarbeitung

- Allgemeine Geschäftsführung im Sinne der Geschäftsanweisung;
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit inkl. Internet, Facebook und Instagram;
- Zentrales Beschwerdemanagement mit Bearbeitung von Wünschen und Anträgen.

Vorrangig betrifft die Verarbeitung personenbezogener Daten folgende Aufgaben:

- Zur Geschäftsführung durch die Behördenleitung übertragene Aufgaben im Sinne § 3 Abs. 2 Geschäftsanweisung des Landratsamtes Ostallgäu;
- Koordination aller Angelegenheiten von grundsätzlicher und außerordentlicher Bedeutung;
- Organisation von Terminen der Behördenleitung;
- Pflege des elektronischen Amts- und Ratsinfoportals „Session“;
- Sitzungsdienst mit Ladung und Protokollführung;
- Abrechnung von Sitzungsgeldern und Entschädigungen;
- Organisation und Durchführung unterschiedlicher Veranstaltungen;
- Erstellung von Pressemitteilungen und weiteren Beiträgen unterschiedlicher Medien;
- Bearbeitung und Beantwortung von zentralen Anfragen durch Bürger und Presse;
- Planung und Durchführung von Pressegesprächen und Interviews;
- Öffentlichkeitsarbeit insgesamt;
- Inhaltliche Betreuung Internetseite, Facebook-Fanpage und Instagram-Kanal des Landkreises Ostallgäu;
- Bearbeitung von allgemeinen bzw. zentralen Wünschen, Anträgen und Beschwerden.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landkreis Ostallgäu, Schwabenstr. 11, 87616 Marktoberdorf,
E-Mail-Adresse: poststelle@lra-oal.bayern.de, Telefon: 08342 911-0.

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Ostallgäu, Schwabenstr. 11, 87616 Marktoberdorf,
E-Mail-Adresse: datenschutzbeauftragter@lra-oal.bayern.de

4. Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Artikel 6 Abs. 1 Buchst. e Datenschutz Grundverordnung (DSGVO)
in Verbindung mit Art. 4 und 5 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG).

- § 3 Abs. 2 Geschäftsanweisung des Landratsamtes Ostallgäu;
- Landkreisordnung (LKRO), Art. 37;
- Verfassung des Freistaates Bayern, Art. 115.

Daten in Zusammenhang der politischen Meinung werden unter Berücksichtigung des Art. 9 Abs. 2 Buchst. e (DSGVO) verarbeitet.

Sollte eine vorherige Einwilligung notwendig sein, erfolgt die Datenverarbeitung gemäß Artikel 6 Abs. 1 Buchst. a Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

5. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Das Landratsamt Ostallgäu verarbeitet für die hier genannten Zwecke folgende personenbezogenen Daten:

- Personenstammdaten (Titel, Name, Vorname, ggf. Geburtsdatum, Anschrift und Kontaktdaten);
- Angaben zur Funktion und Institution;
- ggf. Daten der politischen Meinung und Parteizugehörigkeit;
- ggf. Foto-, Video-, Tonaufnahmen;

von Bürgerinnen und Bürgern im und außerhalb Landkreis; Personen unterschiedlicher Institutionen, Vereine, Verbände, Kirchengemeinden und weiterer öffentlicher Stellen; Ehrenamtlichen und Funktionsträgern aus Politik, Wirtschaft und dem öffentlichen Leben; Presse- und Medienvertreter; Ansprechpartner von Verlagen oder Druckstudios.

Ergänzend hierzu gelten die Informationspflichten (Datenschutzerklärungen) für den Internetauftritt und der Facebook-Fanpage des Landkreises Ostallgäu.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Die Daten werden im Bereich „Büro des Landrats“ im Landratsamt Ostallgäu verarbeitet.

Eine Übermittlung an interne Fachbereiche, weitere öffentliche Stellen, Institutionen oder Dritte erfolgt nur unter Berücksichtigung einschlägiger rechtlicher Voraussetzungen oder einer vorab erteilten Einwilligung.

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

In Zusammenhang mit der hier genannten Verarbeitungstätigkeit erfolgt keine Weitergabe oder Übermittlung von personenbezogenen Daten an Drittländer.

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Speicherdauer beträgt im Rahmen der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit 5 Jahre, in Zusammenhang weiterer gesetzlicher Aufbewahrungspflichten 10 Jahre nach Abschluss der Bearbeitung. Die jeweilige Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres.

Die Speicherung von Daten über Internet und Facebook erfolgt unbefristet und bis zur manuellen Löschung, wobei eine vollständige Löschung öffentlich zugänglicher Informationen nicht garantiert werden kann.

9. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüfen wir als Verantwortlicher, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz (Postfach 22 12 19, 80502 München, Telefon: 089 212672-0, Telefax: 089 212672-50, E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de).

10. Widerrufsrecht - soweit die Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung beruht

Wenn Sie in die Verarbeitung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

11. Quelle und Herkunft der Daten; Informationen gemäß Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die hierzu erforderlichen Daten erheben wir im Regelfall direkt über die jeweils betroffene Person.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Wir setzen in diesem Zusammenhang keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO ein und verarbeiten Daten nicht mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte automatisiert zu bewerten.

13. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Es besteht keine direkte Verpflichtung zur Angabe, diese kann sich jedoch aus dem jeweiligen Sachverhalt (z. B. Bearbeitung einer Beschwerde) und hierzu ergänzender Rechtsgrundlagen ergeben.